



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/248 - 26.10.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 690

Bauernrevolution in der Bundesrepublik ?	S. 1
Sorgen im britischen Königshaus	S. 3
Ruhe an der Saar, Aufregung im Westen	S. 5
Bericht aus Genf (I)	S. 6
Der Bauskandal in NRW	S. 8
Anhang: <u>Ollenauer</u> : Die Vorschläge der SPD zu Genf	

Verbands-Lärm um den Milchpreis

FB. Wenn man den letzten Kommuniqués des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes Glauben schenken soll, dann stehen wir kurz vor einer "Bauernrevolution" in der Bundesrepublik. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, sie habe seit dem Beschluss über das Landwirtschaftsgesetz (Paritätsgesetz) nichts getan und der Bundesernährungsminister wird gesondert wegen des Milchpreises mit wenig schmeichelhaften Formulierungen bedacht. Im Grunde genommen sind aber alle starken Worte, die gebraucht werden, nur ein Eingeständnis des Scheiterns der eigenen Politik.

Hat eigentlich das Präsidium des Bauernverbandes vergessen, dass die Bauernverbände es waren, die 1949 bei der Wahl des ersten Bundestages auf dem Lande mit geradezu patriotischem Eifer für die Wahl Dr. Konrad Adenauers geworben haben? Es folgten dann vier Jahre lang Klagen und Beschwörungen an die Regierung, die man sich selbst gewählt hat. 1953 aber wiederum hatte man alles vergessen und beschwor die Bauern, die Parteien zu wählen, denen man vier Jahre lang vorgeworfen hatte, dass sie den Bauernstand sträflich vernachlässigen. Jetzt hat man die Regierung, für die man Propaganda machte, und nun beklagt man sich wieder.

So einfach kann man es sich in der Politik nicht machen, denn diese Täuschungsmanöver gegenüber dem eigenen Berufsstand muß sich eines

lages rächen. Es ist doch auch so, dass eine Reihe von Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft am Widerstand der Bauernvertreter in den Koalitionsparteien gescheitert sind, die mit nicht wenigen Präsidiumsvertretern des Deutschen Bauernverbandes in der CDU und FDP die sogenannte Grüne Front bilden.

Es ist doch geradezu eine verhängnisvolle Flucht nach vorn, wenn man in dieser durch die eigenen Schuld verfahrenen Situation mit aller Macht den Milchpreis auf Kosten des Verbrauchers erhöhen will, nur um zu zeigen, wie "forsach" man ist, wenn man so tut, als gebe es nur den einen und einzigen Weg, der Landwirtschaft zu helfen.

Es ist nicht Aufgabe der Sozialdemokraten, den Landwirtschaftsminister in Schutz zu nehmen, das soll die Koalition besorgen. Tatsache aber ist, dass Dr. Lübke in den letzten Tagen und Wochen viele Bemühungen unternommen hat, um beim Milchpreis zu einer für alle tragbaren Lösung zu kommen. Alle diese Bemühungen aber werden zum Scheitern gebracht, wenn der Bauernverband glaubt, jetzt "Revolution" spielen zu müssen.

Dabei verschweigt er seinen Mitgliedern auch geflissentlich alle anderen Bemühungen, um in der Milchpreisfrage zu praktischen Ergebnissen zu kommen. Man denke dabei nur an die SPD-Anträge, die in dieser Woche im Bundestage behandelt werden und die eine Änderung des Milch- und Fettgesetzes und eine Veränderung der Molkereistruktur zum Ziele haben. Nimmt man den Antrag der SPD hinzu, die Milch auf allen Stufen von der Umsatzsteuer zu befreien, die Dieselmotorenverbilligung durchzuführen und die Erzeugnisse innerhalb eines landwirtschaftlichen Betriebes aus der Umsatzsteuer herauszunehmen, dann entlasten diese Anträge die Landwirtschaft finanziell zumindest im gleichen Umfange, wenn nicht noch mehr, als die Milchpreiserhöhung jemals dazu in der Lage wäre.

Das könnte man aber erreichen, ohne die Verbraucherschaft zu belasten und erneut Gegensätze zwischen Stadt und Land aufkommen zu lassen. Alles das aber wird durch den Bauernverband gefährdet, der seine eigenen Mitglieder jahrelang politisch irreführt hat und nun in seiner Auswegslosigkeit glaubt, durch Lärm etwas erreichen zu können.

Das Recht auf Privatleben.

F.S., London

In Taunton, einem kleinen Städtchen in der englischen Grafschaft Somerset, lebt eine 65 Jahre alte Dame, die den Mittelstandskreisen angehört. Sie hat sechs Kinder und 18 Enkel. Einer ihrer Söhne zählte während des Krieges zu den bekanntesten Offizieren der englischen Luftwaffe, aus der er ausschied, um eine Stellung im königlichen Haushalt anzunehmen. Der verstorbene König George schätzte diesen jungen Offizier, der den formellen Titel eines "Stallmeisters" erhielt, und zog ihn in seine persönliche Umgebung, der er bis zum Tode des Königs angehörte. Während dieser Zeit lernten sich der heute 41 jährige Peter Townsend und die vor kurzem 25 Jahre alt gewordene Prinzessin Margaret kennen, eine Bekanntschaft, die - wenn es nach dem Wunsch der beiden Persönlichkeiten ginge - zur Heirat führen soll.

Der Fliegeroffizier, der zwar hohe Kriegsauszeichnungen trägt, wird aber nicht als standesmässig angesehen. Er gehört nicht zur Aristokratie, sondern ist ein "Commoner", ein "Gewöhnlicher". Er hat auch kein Geld, sondern lebte bisher vornehmlich von seinem Einkommen als Attaché der Luftwaffe. Bald nachdem die Liebesaffäre in die Öffentlichkeit drang, wurde er der Botschaft in Brüssel zugeteilt.

Obwohl insbesondere Hofzirkel und Kreise des hohen Adels an dem Geburtsfehler des "Commoner" Anstoß nehmen, liessen sich viele Schwierigkeiten überwinden. Das aus dem Jahre 1772 stammende Heiratsgesetz für die königliche Familie trat für die Prinzessin zusser Kraft, nachdem sie den 25. Geburtstag feierte. Sie braucht nicht mehr die Erlaubnis ihrer Schwester, der Königin, einzuholen. Viel wesentlicher wird ein anderer Faktor. Townsend ist geschieden, hat zwei Söhne, seine erste Frau lebt noch und ist wieder verheiratet. Und darum schaltet sich die englische Kirche ein. Ihre höchsten Vertreter sanktionieren keine zweite Heirat, solange beide Partner der ersten Ehe leben, selbst wenn, wie in diesem Falle der schuldlos geschiedene Teil eine zweite Lebensgemeinschaft einzugehen beabsichtigt.

Durch dieses Gesetz der Kirche, das die liberale Geistlichkeit ebenso ablehnt wie der überwiegende Teil der Bevölkerung, wird die Heirat der Prinzessin zu einem fast unlösbaren Problem, das in jedem Falle zu politischen Auseinandersetzungen führen wird, die schon

jetzt hinter den Kulissen begonnen haben. Die Königin ist gleichzeitig das Haupt der Kirche. Selbst wenn sie an der Hochzeit ihrer Schwester nicht teilnähme, würde die Ehe zu einer schweren Verstimmung mit dem Klerus führen. Regierung und Kronrat können schwerlich Nein sagen, nachdem Ministerpräsident Eden eine zweite Ehe einging, trotzdem seine erste Frau noch lebt. Heute stehen fast alle Teile der Bevölkerung hinter der Prinzessin. Ihre Ehe mit Townsend würde weder der Monarchie noch der Moralauffassung der Kirche schaden, sie im Gegenteil alle Sympathie verlieren würde, wenn sie sich mit ihrer ablehnenden Haltung durchsetzte. Das Parlament könnte zwar, und Neigungen sind vorhanden, das in weitem Maße bestehende Selbstbestimmungsrecht der Kirche beschneiden. Aber beide Teile fürchten den Kampf, der Kirche und Staat, wenn einmal begonnen, zu unüberbrückbaren Gegensätzen führen würde.

Die britische Öffentlichkeit schwieg, als vor ein paar Jahren der Sohn des höchsten evangelischen Geistlichen, des Erzbischofs von Canterbury, eine Katholikin heiratete; kein ablehnendes Wort fiel, als ein Vetter der Königin eine jüdische Musikerin heiratete, deren Eltern aus Wien flüchteten; niemand kritisiert andere Mitglieder des Königsheuses, wenn sie privatir eine politische Meinung äußern, die nicht in das Programm der konservativen Partei gehört. Herbert Morrison, der stellvertretende Oppositionsführer, schreibt in seinem Buch "Regierung und Parlament", dass der Präsident der Vereinigten Staaten mit größeren Machtbefugnissen ausgestattet ist als die Königin von Großbritannien. "Wenn ihr die Bevölkerung zujubelt, grüßt sie gleichzeitig unsere freie Demokratie". Die Krone ist nicht das regierende, sondern das repräsentative Symbol eines Volkes, das in seiner überwiegenden Mehrheit auch seinen höchsten Vertretern das Recht auf ein Privatleben zugestekt.

Unerwünschte Treuekundgebungen

sp. Die Ruhe, mit der die Bevölkerung an der Saar das Ergebnis der Abstimmung vom 23. Oktober entgegennahm, steht in einem auffallenden aber wohltuenden Gegensatz zu der Aufregung, die die Verwerfung des Saarstatuts in westlichen Ländern ausgelöst hat. Noch immer wollen sich die Geister, die sich so lange einer Selbsttäuschung über die wirkliche Lage an der Saar hingaben, nicht beruhigen. Eine angesehene britische Zeitung, die konservative "Daily Mail", versteigt sich sogar zu der törichten Forderung, eine internationale Streitkraft der Vereinten Nationen möge für jetzt und alle Zukunft die Internationalisierung der Saar sicherstellen. Die genannte Zeitung verweigert den Saarländern das Selbstbestimmungsrecht, also eines jener Grundrechte, deren Anerkennung zu den unveräusserlichen Grundsätzen der westlichen Welt gehört.

Diese britische Stimme ist eine unter vielen. Sie leichtfertig in den Wind zu schlagen wäre ebenso töricht wie die merkwürdige Auffassung über die Demokratie, die sie verkündet. Es ist bedrückend, dass die westliche Welt nicht immer ihre eigenen Lebensgesetze begreift. Von diesen schon an Hysterie grenzenden Ausbrüchen können schliesslich nur die Totalitären aller Schattierungen profitieren. Sie dürften in östlichen Bereichen sehr aufmerksam vernommen und vor allem als ein Beweis dafür betrachtet werden, dass die Politik der Wiedervereinigung, zu der sich offiziell die westlichen Regierungen verpflichtet haben, in der breiten öffentlichen Meinung der westlichen Länder keine Unterstützung findet. Die Abstimmung war - wie oft muss das eigentlich noch gesagt werden? - kein Bekenntnis zum deutschen Nationalismus, wohl aber ein Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Mutterland.

So haben es die deutschen Saarparteien auch empfunden. Sie handelten in diesem Geiste, als sie in Telegrammen an führende Politiker der Rheinland-Pfalz sich schon anberaumte Treuekundgebungen verboten. Das Bekenntnis, das die Saarbevölkerung am letzten Sonntag ablegte, bedarf keiner feierlichen und pathetischen Umrahmungen. Es spricht für sich selbst. Uns scheint, dass in dieser selbstverständlichen Zurückhaltung mehr Sinn für Würde und Verantwortung bekundet wird als in jenen verärgerten Stimmen, die aus dem Westen zu uns herübertönen.

Zunächst gegenseitiges Abtasten

G.M., Genf

Selten stand wohl eine große internationale Konferenz unter einem ungünstigeren Stern, als das am Donnerstag beginnende Treffen der Außenminister von Rußland, Frankreich, den USA und England.

Frankreichs Außenminister kommt mit einem Koffer voll Sorgen, die ihm, mindestens im Augenblick, mehr Kopfschmerzen bereiten, als die Wiedervereinigung Deutschlands. In dem Koffer sind die Saar, das nordafrikanische Problem, die Wahlniederlage des von Paris gestützten südvietnamesischen Kaisers Bao Dai und die von Ministerpräsident Faure angekündigten und gewollten Neuwahlen der französischen Nationalversammlung. Was der französische Außenminister also in Genf sagen oder tun wird, dürfte immer im Zeichen dieser ungelösten Probleme stehen.

Die Sorgen der Briten

Die Engländer haben auch innenpolitische Sorgen. Finanzminister Buttler hat seinen Landsleuten dieser Tage ein Steuerprogramm serviert, das den stärksten Mann schwach machen und den interessierten Außenpolitiker auf die Innenpolitik lenken kann. Die hier in Genf weilenden englischen Journalisten und Politiker lesen daher aufmerksam den Wirtschaftsteil ihrer Zeitungen. Sie sprechen untereinander nicht über den Eden-Plan zur Wiedervereinigung, sondern von der Wirtschaftskrise in England, die ihr Schatzkanzler mit seinen Steuern abfangen will.

Wer folgt Eisenhower ?

Die Amerikaner sind auch nicht so gelassen, wie sonst bei internationalen Konferenzen. Gewiss, sie haben ihren Plan, auf den man sich in Paris jetzt geeinigt hat: Wiedervereinigung und europäische Sicherheit gehören zusammen. Aber das ist eine Formel. Ob sie sich in der großen Rechnung: Wiedervereinigung plus europäische Sicherheit, plus Abrüstung, plus Ausbau der Ost-West-Beziehungen anwenden lässt, ist fraglich. Außenminister Dulles - das sagen seine Mitarbeiter und Freunde aus dem Journalismus - will den Aufenthalt in Genf (die Amerikaner nennen es Europa) dazu benutzen, um die locker gewordenen Fäden der Atlantikpaktfreunde wieder zu straffen. Eine Etappe war Rom. Dann kommt Wien und Brioni, ein Besuch bei Tito am 6. November. Im Hintergrund steht aber die große Frage: was wird mit Eisenhower? Im amerikanischen Lager zeigt man Optimismus. Das gehört zum Handwerk. Man lächelt freundlich und zuversichtlich den zahllosen Kameramännern entgegen. Aber doch ist irgendwie der Eindruck vorherrschend, dass man erst nach langem Abtasten die Kernprobleme dieser Genfer Konferenz herauskristallisieren kann, und dann immer noch: wer folgt Eisenhower? Vielleicht zeigt sich jetzt erst, dass die ganze von den USA nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaute Atlantik-Pakt-Politik immer noch ein fragwürdiges Fundament hat. Ein Franzose sagt dazu wehmütig: "Das ist alles so wie unsere Politik an der Saar".

Hinweis auf Erfahrungen Napoleons

Die Russen? Sie sind hier mit einem Gesicht, als wollten sie wieder wie beim Adenauer-Besuch in Moskau sagen: bei uns bläst der Wind nicht ins Gesicht. Sie scheinen einen Plan zu haben. Ein russischer Journalist, bedrängt von seinen amerikanischen, französischen und englischen Kollegen, sagte mit einem langen Blick auf den in Herbstsonne strahlenden See: "Russland ist alt und gross, wenn Ihre Aussenminister jetzt noch nicht begreifen, dass es eine gewisse Gesetzmässigkeit im Leben der Völker gibt, dann muss man eben noch warten. Die westliche Politik irrt sich fast immer, wenn sie annimmt, dass aus dem Augenblick geborene politische Konzeptionen standhalten. Zu einem französischen Journalisten gewandt: "Sie machen ja jetzt diese Erfahrung an der Saar". Und nach kurzer Pause: "Napoleon hat das auch erfahren müssen ..."

Trotzdem, es gibt hier in Genf eine Grundstimmung bei den offiziellen Konferenzteilnehmern, bei den zahllosen inoffiziellen Beobachtern und den ebenso zahllosen Journalisten. Diese Grundstimmung heisst: solange verhandelt wird, schieisst man nicht. Die Abrüstung oder vielmehr die Kontrolle der atomaren Rüstungen scheint ernsthaftes Gesprächsthema zu werden - über alle Fragen, Sorgen und Ungewissheiten hinweg.

Gibt es einen deutschen Wiedervereinigungsplan?

Ein zweiter Punkt interessiert alle: ob hier in Genf ein deutscher Plan zur Wiedervereinigung zur Sprache kommen wird. Damit meint man zwar auch einen Plan der westdeutschen Regierung. Vielmehr aber noch den Plan beider deutscher Regierungen.

Das ist die offene Frage: wird es zwischen den beiden deutschen Regierungen Kontakte geben? Wird man ihre in Genf weilenden Vertretungen hören? Wenn ja, in welcher Form? Durch Mittelsmänner oder direkt? Die Russen werden es versuchen. Seit Adenauer dem Botschafteraustausch zwischen Bonn und Moskau zugestimmt hat, fragt sich hier alles: "Warum eigentlich nicht?"

Dass man mit der Wiedervereinigung, ausgehend von der Bindung der Bundesrepublik an den Atlantikpakt, nicht weiterkommen wird, spricht man ganz offen aus. Das ist keine Verhandlungsgrundlage, sagen die alten Konferenzhasen, Journalisten aus aller Herren Länder, die schon an unzähligen internationalen Konferenzen teilgenommen haben und in den Botschaften ihrer Heimatländer zu Hause sind.

Nach ihrer Prognose zu urteilen wird es also zu Beginn der Konferenz nach Vorlage des Planes der Westaussenminister erst einmal ein Abtasten geben. Dann werden die Russen ihren Sack öffnen mit dem "Lächeln von Genf" und in der Erwartung, dass die Schwüre der Atlantikpaktpartner an irgendeiner Stelle ein Loch haben.

* * *

Korruption im NRW-Ministerium für Wiederaufbau

G.M., Düsseldorf

Ein Ministerialdirigent und zwei weitere Beamte des Wiederaufbau-ministeriums sind unter dem Verdacht schwerer passiver Bestechung in Düsseldorf in Haft genommen worden, ebenso ein noch vor einigen Jahren mittelloser Bauunternehmer, der heute eine große Anzahl von Häusern und Grundstücken besitzt. 13 % der Landesmittel für in der Landeshauptstadt errichtete Wohnungen sind über diesen "Bau-Löwen" gegangen. Korruptionsfälle dieser Art sollen nicht überschätzt werden, soweit die zuständigen Stellen mit der notwendigen Schärfe durchgreifen. Das scheint hier jetzt geschehen zu sein. Ob wirklich, wie Minister Weyer mitteilte, das Land keinen Schaden erleidet, wird abzuwarten sein. Bisher haben Untersuchungen großer Bauskandale häufig ergeben, dass die Baupreise in den Angeboten der Unternehmer erheblich überhöht waren.

In zwei Punkten aber scheint eine sehr genaue Klärung des Sachverhalts erforderlich zu sein. Es hätte zunächst auffallen müssen, dass einige wenige Großunternehmer einen entscheidenden Teil der Landesmittel an sich zogen. Hier ist also von ministerieller Seite eine Konzentration erfolgt, die wirtschaftlich nicht gesund ist. Es soll dabei zugegeben werden, dass der seit 1954 amtierende Wiederaufbau-minister bereits im Mai dieses Jahres durch einen Erlass diese ungesunde Auftragserteilung untersagte. Zum zweiten behauptete Weyer, die Landesbediensteten würden gegenüber der Bevölkerung nicht bevorzugt mit Wohnungen versorgt, ferner lägen die Richtsatzmieten über denen des sozialen und teils auch des steuerbegünstigten Wohnungsbaus. Für den ersten Teil dieser Erklärung wird es schwer sein, einen Gegenbeweis zu führen. Es besteht jedoch der Eindruck, dass seit etwa zwei Jahren Landesbedienstete, die von auswärts kommen, sehr schnell Wohnungen erhalten, zumindest sehr viel schneller als jene Evakuierten des Krieges, die noch immer nicht in ihre Heimatstadt zurückkehren können, weil die Wohnungen fehlen. Im zweiten Teil seiner Behauptung hat Weyer recht: die von den Landesbediensteten zu zahlenden Mieten für Neubauhäuser liegen sehr hoch. Nur wollen Eingeweihte wissen, dass ihnen die Differenz zwischen der Richtsatzmiete des sozialen Wohnungsbaus und den tatsächlichen Wohnungskosten vom Land erstattet wird. Das wäre dann die Kehrseite der hohen Bau- und Mietkosten, die dem Steuerzahler zur Last fallen. Dieser Komplex sollte einmal genauer untersucht werden.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau